

Regierung beteiligt, der Proporz geschaffen (21./30.3.).

Franz I. überträgt die Regentschaft dem Erbprinzen

Franz Josef (30.3.)

Die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein» wird gegründet.

Sie hofft einen «Teil der VU-Opposition und der Bürgerpartei-Jugend» für ihre politischen Ziele gewinnen zu können (31.3.).

Fürst Franz I. von Liechtenstein stirbt. Sein Grossneffe, der

Regent und Thronfolger, übernimmt als Fürst Franz Josef II.

die Regierung (25.7.).

Der Fürst nimmt Wohnsitz auf Schloss Vaduz (26.7.).

Eröffnung des Landessportplatzes in Vaduz (18.9.)



Fürstenhuldigung am 29. Mai 1939 vor dem 1904–1914 wiederhergestellten Schloss Vaduz, das erstmals Sitz eines Fürsten von Liechtenstein wird.

der Revolution in Deutschland erzählt und die dort gebräuchlichen Rufe nachgeahmt. Diese Aussage erschien dem Gericht nicht als glaubwürdig.

Die Schweizer Regierung teilte der liechtensteinischen Gesandtschaft mit, dass von liechtensteinischer Seite aus auf schweizerische Grenzposten geschossen worden sei. Insbesondere am 7. September 1919 um 18.15 Uhr hätte wenig gefehlt, dass ein schweizerischer Soldat durch einen Schuss von liechtensteinischem Gebiet aus getroffen worden wäre. Am 16. September wurden neuerdings fünf Schüsse abgegeben. Die Erhebungen verliefen ergebnislos.

Diese wenigen Beispiele sollen zeigen, welche Stimmung in Liechtenstein in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschte. Ein breitgefächertes Auflehnen gegen die bestehenden Autoritäten und Systemvertreter kennzeichnet diese Haltung, und zwar im einfachen Volke wie auch im Landtag. Wie lädiert der Ruf der liechtensteinischen Bevölkerung bei den schweizerischen Nachbarn war, zeigt die Bemerkung der Schweizer Oberzolldirektion, die in einer Stellungnahme zuhanden des Bundesrates von einer Zollunion mit Liechtenstein abriet, weil die liechtensteinische Bevölkerung ausgesprochene Schmuggelangewohnheiten angenommen habe.

5.3. Die Schlossabmachungen

5.3.1. Vorbereitungsphase

Mit der einsetzenden politischen Opposition hatte sich gezeigt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis nach grundsätzlichen Veränderungen im politischen Bereich ausgeprägt vorhanden war.

Bereits im 9-Punkte-Programm vom 10. Dezember 1918 zeigten sich die Schwerpunkte der geforderten Erneuerungen. Um die dort angeführten Kernpunkte der Nationalisierung der Regierung und der Demokratisierung des Landtages wurden in der ganzen Verfassungsrevision heftige Auseinandersetzungen geführt. Vor allem die Volkspartei – seit März 1918 organisiert – setzte sich kämpferisch für z. T. tiefgreifende Reformen in der Verfassungs-, Verwaltungs-